



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2006

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Sicherstellung eines rechtsstaatlich einwandfreien,
transparenten und fairen Verfahrens zum Ausbauantrag
der Fraport AG für den Flughafen Frankfurt**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen und darüber hinaus ein großes Interesse am Verfahren zum Ausbauantrag der Fraport AG für den Flughafen Frankfurt haben. Rund 127.000 schriftliche Einwendungen unterstreichen die starke Betroffenheit in der gesamten Rhein-Main Region.
2. Der Landtag unterstreicht, dass angesichts der sehr erheblichen Auswirkungen des von der Fraport AG geplanten Vorhabens ein rechtsstaatlich einwandfreies und transparentes Planungsverfahren unbedingt erforderlich ist. Nur auf diese Weise können mögliche Konfrontationen vermindert und eine Eskalation der Auseinandersetzung verhindert werden.
3. Der Landtag stellt weiter fest, dass die bisherige restriktive Informationspolitik der Landesregierung in Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren zum Flughafenausbau rechtswidrig war, wie der Verwaltungsgerichtshof am 4. Januar 2006 beschlossen hat. Er fordert die Landesregierung auf, nunmehr unverzüglich den vom geplanten Ausbau Betroffenen die tatsächlich realisierbare Möglichkeit zu geben, die ihnen zustehenden Informationen zu erhalten. Dazu ist eine angemessene Frist zur neuerlichen Vorlage von Einwendungen ebenso einzuräumen sowie die Möglichkeit, diese im Verfahren umfassend erörtern zu können.
4. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung ihre bisherige grundsätzliche Linie des engagierten Zurückhaltens von Information jetzt endlich aufgibt und alle Verfahrensbeteiligten und -betroffenen, soweit rechtlich zulässig, umfassend informiert. Dazu sind die aktuellen technischen Möglichkeiten wie z.B. das Internet zu nutzen, die den Aufwand bei gleichzeitig guter Verfügbarkeit der Informationen reduzieren.
5. Der Landtag erwartet, dass zur Versachlichung der Auseinandersetzung über die Ausbauplanung für den Flughafen Frankfurt auch die Fraport AG, die sich überwiegend in öffentlichem Besitz befindet, ihre Informationspolitik an dem Grundsatz "so viel Information wie möglich" ausrichtet.

Wiesbaden, 17. Januar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir